

## **Kuba: Neues Strafgesetzbuch ist eine abschreckende Aussicht für 2023 und darüber hinaus**

Das neue kubanische Strafgesetzbuch, das im Mai verabschiedet wurde und am 1. Dezember in Kraft getreten ist, birgt die Gefahr, die seit langen bestehenden Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit weiter zu verschärfen, und stellt eine abschreckende Aussicht für unabhängige Journalist\*innen, Aktivist\*innen und alle, die den Behörden kritisch gegenüberstehen, dar, so Amnesty International heute.

"Über viele Jahrzehnte hinweg haben die kubanischen Behörden immer wieder das Strafrecht - oder die Drohung damit - eingesetzt, um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen. Das neue Strafgesetzbuch enthält eine Reihe von abschreckenden Bestimmungen, die den Behörden noch mehr Befugnisse geben, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Jahr 2023 und darüber hinaus zu unterdrücken", sagte Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International.

**Über viele Jahrzehnte hinweg haben die kubanischen Behörden immer wieder das Strafrecht - oder die Drohung damit - eingesetzt, um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen. Das neue Strafgesetzbuch enthält eine Reihe von abschreckenden Bestimmungen, die den Behörden noch mehr Befugnisse geben, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Jahr 2023 und darüber hinaus zu unterdrücken**

**Erika Guevara-Rosas, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International**

Kubas neues 141-seitiges Strafgesetzbuch ersetzt das vorherige, das aus dem Jahr 1987 stammt, und enthält eine Reihe neuer und alter Bestimmungen, die für die Menschenrechte von Bedeutung sind. Es tritt zu einer Zeit in Kraft, in der viele Hunderte von Menschen in Haft sind, weil sie im Juli 2021 protestiert haben, und nachdem auch im Oktober dieses Jahres eine Protestwelle unterdrückt wurde.

**Hier sind fünf alarmierende Aspekte des neuen Strafgesetzbuchs:**

**1. Viele Bestimmungen des Strafgesetzbuches, die jahrzehntelang dazu benutzt wurden, Aktivist\*innen zum Schweigen zu bringen und zu inhaftieren, bleiben bestehen**

Nach der Niederschlagung der Proteste im Juli 2021 benannte Amnesty International sechs Gefangene aus Gewissensgründen - nur ein paar symbolische Fälle, die nur einen winzigen Bruchteil der Gesamtzahl der Menschen ausmachen, die diese Bezeichnung wahrscheinlich verdient hätten. Drei dieser Gefangenen aus Gewissensgründen sind nach wie vor inhaftiert, während die anderen nach den Amnesty International vorliegenden Informationen von den Behörden gezwungen wurden ins Exil zu gehen.

Alle von Amnesty International genannten Gefangenen aus Gewissensgründen und viele Hunderte andere, die im Zusammenhang mit Protesten kriminalisiert wurden, wurden auf der Grundlage mehrerer Bestimmungen des Strafgesetzbuchs angeklagt, die in der Vergangenheit dazu verwendet wurden, abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen. Dazu gehören "öffentliche Unruhe", "Widerstand" und "Verachtung". So wurde beispielsweise der Künstler **Luis Manuel Otero Alcántara** wegen "öffentlicher Unruhe", "Verachtung" und "Beleidigung nationaler Symbole" verurteilt. Der Führer der inoffiziellen politischen Oppositionsgruppe Kubas, **José Daniel Ferrer García**, der seit seiner Verhaftung im Juli 2021 häufig mit eingeschränktem Zugang zur Außenwelt festgehalten wird, wurde wegen "öffentlicher Unruhe" angeklagt.

Alle diese Bestimmungen bleiben im neuen Strafgesetzbuch erhalten, mit einigen Änderungen im Wortlaut, aber mit erhöhten Mindeststrafen. So werden beispielsweise "Verachtung", "öffentliche Unruhen" und "Widerstand" jetzt mit Mindeststrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis und/oder einer Geldstrafe geahndet, während das frühere Strafgesetzbuch eine Mindeststrafe von drei Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis und/oder eine Geldstrafe vorsah. Auch die "Beleidigung nationaler Symbole", zu der die Verunglimpfung der Flagge oder der Nationalhymne oder andere Handlungen gehören, die eine Verachtung der Flagge oder der Nationalhymne darstellen, wird nun mit einer Freiheitsstrafe von zwei bis fünf Jahren oder einer hohen Geldstrafe oder beidem bestraft, während nach dem früheren Strafgesetzbuch eine Strafe von drei Monaten bis zu einem Jahr oder eine Geldstrafe vorgesehen war.

In einem Kontext, in dem die Justiz nach wie vor weder unabhängig noch unparteiisch ist und es zulässt, dass Strafverfahren gegen Regierungskritiker\*innen eingeleitet werden, um sie an der Äußerung solcher Ansichten zu hindern, abzuschrecken oder zu bestrafen, könnte dies dazu führen, dass Menschenrechtsaktivist\*innen oder kritische Akteur\*innen für noch längere Zeiträume inhaftiert werden.

Außerdem ist Amnesty International der Ansicht, dass Amtsträger\*innen mehr Kritik vertragen sollten als Privatpersonen. Die Anwendung strafrechtlicher Verleumdungsgesetze mit dem Ziel oder der Wirkung, legitime Kritik an der Regierung oder an Amtsträger\*innen zu unterbinden, verletzt das Recht auf freie Meinungsäußerung. Amnesty International wendet sich auch gegen Gesetze, die die Beleidigung oder Missachtung von Staatsoberhäuptern oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, des Militärs oder anderer öffentlicher Einrichtungen oder von Flaggen oder Symbolen verbieten (z. B. Gesetze gegen Majestätsbeleidigung und Desacato). Amnesty International lehnt Gesetze ab, die die Verleumdung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder von Privatpersonen unter Strafe stellen; dies sollte als Angelegenheit zivilrechtlicher Verfahren behandelt werden.

## **2. Das neue Strafgesetzbuch stellt jede Person unter Strafe, die "die verfassungsmäßige Ordnung und das normale Funktionieren der Regierung gefährdet".**

Nach Artikel 120.1 des neuen Gesetzes kann jeder, der "die verfassungsmäßige Ordnung und das normale Funktionieren des Staates und der kubanischen Regierung gefährdet", mit einer Freiheitsstrafe von vier bis zehn Jahren bestraft werden.

Nach den internationalen Menschenrechtsvorschriften darf das Recht auf freie Meinungsäußerung nur unter sehr begrenzten Umständen eingeschränkt werden. Jegliche Einschränkungen müssen alle Elemente eines strengen dreiteiligen Tests erfüllen:

Sie müssen gesetzlich vorgesehen, notwendig und verhältnismäßig sein, um die nationale Sicherheit, die öffentliche Ordnung, die öffentliche Gesundheit oder Moral oder die Rechte oder den Ruf anderer zu schützen. Um eine missbräuchliche Auferlegung von Beschränkungen zu verhindern, muss außerdem ein wirksames Berufungsverfahren bei einer unabhängigen Stelle oder eine gerichtliche Überprüfung vorgesehen sein. Vage formulierte Bestimmungen wie "Gefährdung der verfassungsmäßigen Ordnung" und "normales Funktionieren des Staates und der kubanischen Regierung" sind mit internationalen Standards und Gesetzen zum Recht auf freie Meinungsäußerung unvereinbar.

### **3. Es kriminalisiert die Entgegennahme von Finanzmitteln, was unabhängige Journalist\*innen und Aktivist\*innen weiter unterdrückt**

Artikel 143 des neuen Strafgesetzbuches wird die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen, von Aktivist\*innen und unabhängigen Journalist\*innen, im Land zu arbeiten, weiter einschränken, indem er jede Annahme oder Verwendung von Finanzmitteln verbietet, die als "Finanzierung von Aktivitäten gegen den kubanischen Staat und seine verfassungsmäßige Ordnung" gelten. Wer sich des Besitzes von Geldern schuldig macht, die in dieser Weise verwendet werden könnten, muss mit einer Strafe von vier bis zehn Jahren Gefängnis rechnen.

Nach den internationalen Menschenrechtsnormen ist die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger\*innen aufgrund des Erhalts ausländischer Finanzmittel verboten. Derartige Beschränkungen der Finanzierung aus dem Ausland verstoßen gegen das Vereinigungsrecht, da sie Menschenrechtsverteidiger\*innen an der Erfüllung ihrer Pflichten hindern, da die Finanzierung ein wesentliches Instrument für die Existenz und die wirksame Tätigkeit jeder Vereinigung ist.

Diese neue Bestimmung hat bereits eine abschreckende Wirkung auf unabhängige Journalist\*innen, die nach Angaben der NRO Artikel 19 **unter Druck gesetzt** wurden, vor Inkrafttreten des neuen Strafgesetzes **zurückzutreten**.

### **4. Das Recht auf freie Meinungsäußerung im Internet wird stark eingeschränkt**

Das neue kubanische Strafgesetzbuch erlaubt den Behörden erstmals ausdrücklich, die freie Meinungsäußerung in sozialen Medien stark einzuschränken, und schafft eine Reihe vage formulierter Straftatbestände im Zusammenhang mit "Telekommunikation, Informations- und Kommunikationstechnologien", die in einem Kontext, in dem das Recht auf freie Meinungsäußerung in der Vergangenheit von den Behörden unterdrückt wurde, missbraucht werden könnten.

Darüber hinaus kann nach dem neuen Gesetz (Artikel 391.1) jede\*r, die\*der wissentlich "gefälschte Informationen" (hechos falsos) verbreitet, mit sechs Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis oder einer Geldstrafe oder beidem bestraft werden, wobei die Strafen noch höher ausfallen, wenn die Informationen in sozialen Medien oder in Online- oder Offline-Medien verbreitet werden. Ebenso kann jeder, der eine andere Person absichtlich "in ihrer Ehre beleidigt", sei es durch Schreiben oder Zeichnen oder durch Handlungen oder Gesten, mit sechs Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis oder einer Geldstrafe oder beidem bestraft werden. Dieser Straftatbestand gilt auch als verschärft, wenn die Informationen über soziale Medien verbreitet werden.

Nach den internationalen Menschenrechtsvorschriften erfüllen vage und zu weit gefasste Gesetze, die beispielsweise die Verbreitung von "gefälschten Informationen" verbieten oder eine Person für die Beleidigung der "Ehre" einer anderen Person bestrafen, nicht den oben beschriebenen dreiteiligen Test und sind mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung unvereinbar.

### **5. Das neue Strafgesetzbuch behält die Todesstrafe für 23 verschiedene Straftaten bei**

Während sich die meisten Länder der Welt auf die Abschaffung der Todesstrafe zubewegen, stellt sich das neue kubanische Strafgesetzbuch gegen diesen Trend, indem es die **Todesstrafe für schwere Verbrechen beibehält**.

Die Todesstrafe ist die ultimative grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe. Amnesty International lehnt die Todesstrafe in allen Fällen ohne Ausnahme ab - unabhängig

davon, wer angeklagt ist, von der Art oder den Umständen des Verbrechens, von Schuld oder Unschuld und von der Art der Hinrichtung.

"Wir nähern uns dem Ende des Jahres 2022, Hunderte von Kubanern sitzen weiterhin im Gefängnis, weil sie friedlich ihre Überzeugungen zum Ausdruck gebracht haben, Proteste werden weiterhin unterdrückt, und wir erleben eine der größten Wellen der erzwungenen Migration aus Kuba in der jüngeren Geschichte, da die Menschen versuchen, im Ausland ein neues Leben in größerer Freiheit aufzubauen", sagte Erika Guevara-Rosas. "Wir werden die Behörden im Jahr 2023 genau beobachten und die internationale Gemeinschaft auffordern, den Missbrauch des Strafrechts, um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen, aufs Schärfste zu verurteilen."

**Wir nähern uns dem Ende des Jahres 2022, Hunderte von Kubanern sitzen weiterhin im Gefängnis, weil sie friedlich ihre Überzeugungen zum Ausdruck gebracht haben, Proteste werden weiterhin unterdrückt, und wir erleben eine der größten Wellen der erzwungenen Migration aus Kuba in der jüngeren Geschichte, da die Menschen versuchen, im Ausland ein neues Leben in größerer Freiheit aufzubauen**

**Erika Guevara-Rosas, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International**

*Übersetzung der Kuba Koordinationsgruppe, verbindlich ist der englische Text der Presseerklärung unter*

<https://www.amnesty.org/en/latest/press-release/2022/12/cuba-el-nuevo-codigo-penal-presenta-un-panorama-aterrador-para-2023-y-anos-posteriores/>